



IPPNW

International Physicians
for the Prevention
of Nuclear War

Deutsche Sektion der
Internationalen Ärzte für die
Verhütung des Atomkrieges/
Ärzte in sozialer
Verantwortung e. V.

Körtestr. 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (30) / 693 07 40
Fax: +49 (30) / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Dr. Inga Blum
Carlotta Conrad
Dr. Sabine Farrouh
Dr. Katja Goebbels
Susanne Grabenhorst
Dr. Barbara Hövener
Dr. Alex Rosen
Dr. Dörte Siedentopf
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
Ehrenvorstandsmitglied
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Elmar Altvater
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deisbroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Alfred Körblein
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Mohsen Massarrat
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestr. 10 | 10967 Berlin

An den
Bundesminister des Inneren
Hans-Peter Friedrich
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

An die Innenminister der Deutschen Bundesländer

11. September 2013

Aufnahme syrischer Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,
sehr geehrte Damen und Herren Landesinnenminister,

wir begrüßen die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, 5.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, als einen ersten Schritt. Erfreulich ist, dass einige Bundesländer bereits aus eigener Initiative erklärt haben, über das verabredete Kontingent hinaus weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir erlauben uns, aus diesem Anlass darauf hinzuweisen, dass anlässlich von mindestens 4 000 000 Binnenflüchtlingen im syrischen Kriegsgebiet und 2 000 000 syrischen Flüchtlingen in den Nachbarländern 5.000 Menschen aufzunehmen, beschämend ist. Das menschliche Leid hat in und um Syrien herum durch die Kriegssituation ein unvorstellbares Ausmaß angenommen. Deutschland und die EU sind für diese Situation mitverantwortlich.

Wir fordern daher von der Bundesregierung, dass sie sich aufgrund der katastrophalen humanitären Situation in Syrien und den Nachbarstaaten für eine unbegrenzte weitere Aufnahme syrischer Flüchtlinge in der EU einsetzt und diesbezüglich dem Beispiel Schwedens folgt. Das deutsche Kontingent ist deutlich aufzustocken. Das ist ein Gebot der Humanität.

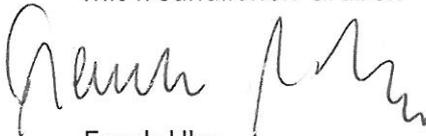
Ferner ist es notwendig, dass die Einreisebedingungen - analog der Flüchtlingssituation während des Bosnien-Kriegs - unbürokratisch gehandhabt werden. Ein Familiennachzug ist zu ermöglichen. Monatelanges Warten auf einen Botschaftstermin, um ein Visum zu beantragen, ist aufgrund der aktuellen Situation inakzeptabel.

Viele der in unser Land kommenden syrischen Flüchtlinge bedürfen des besonderen Schutzes. Aufgrund der durchlittenen Kriegs- und Gewalterfahrungen muss angenommen werden, dass viele von ihnen traumatisiert sind. Für sie ist ein sicherer Aufenthalts- bzw. Flüchtlingsstatus unabdingbar. Sie müssen krankheitsgerecht untergebracht werden und flächendeckend Zugang zu einer fachgerechten Gesundheitsversorgung bekommen. Sie brauchen Traumatherapie und psychosoziale Rehabilitation. Als Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung bitten wir Sie, darauf besonderen Wert zu legen und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Unsere Solidarität gilt aber auch den vom Bürgerkrieg Betroffenen, die in Syrien und den Nachbarländern bleiben müssen. Für sie muss die humanitäre Hilfe des IRK/DRK in Syrien deutlich aufgestockt werden ebenso wie für die der Organisationen der Vereinten Nationen.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Uhe', with a stylized flourish at the end.

Frank Uhe
Geschäftsführung